Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,75. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 ... Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg. ... 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Bürgschaft für die nachfolgende Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang. Aufl. 48,500 Stück.

Dresden. 1890.

Meyer's Jackets, Saccos, Joppen für Herren und Knaben.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von **S. Meyer jun.**, Frauenstr. 4 u. 5.

F. Kaufmann & Sohn.
Grösstes Musikwerk-, Orchestrion-, Symphonion-, Drehorgel-, Harmonium-, Instrumenten- und Saiten-Magazin.
König-Johannstr. und Ostra-Allee 19.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

Victoria- u. Waisenhaus-Strassen-Ecke.
Tapeten-
F. Schade & Co.
Special-Geschäft.
Gros-Lager: Marschallstrasse 29

M. Nessmann Nachf., Scheffelstraße 18.
en gros Posamenten-Fabrik en detail
Grösstes Lager in Kleiderbesätzen, allen Posamenten, Knöpfen, Spitzen, Bändern. Alle Artikel zur Damenschneiderei. Eigene Herstellung aller Posamenten. Sofortige Anfertigung nach Wunsch.

Prof. Dr. Jäger's Kameelhaar-Decken. Grösse 150/205 Mk. 17.50, 20.00, 22.00, 24.00, 27.00, Grösse 160/225 Mk. 30.00 und 32.00. Der Stempel erhöht den Preis nicht, sondern leistet nur Garantie für Echtheit der Waare.
Jean Schieme Nachf., Schloss-Strasse 26.

Nr. 79. **Spiegel:** Rücktritt des Fürsten Bismarck. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen. Abschiedsmahl der 2. Kammer. öffentliche Männerversammlung. Gerichtsverhandlungen. Handels- und Gewerbekammer-Sitzung. Wilbeing-Concert. | **Donnerstag, 20. März.**

An die geehrten auswärtigen Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten“ ist es nothwendig, die Bestellungen auf das

zweite Vierteljahr 1890

bei dem betreffenden Postamte bis **spätestens den 25. dieses Monats** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich **2 Guld. 29 Kreuz.** ausschl. Aufgeld.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen auf das nächste Vierteljahr zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten.

Politisches.

Bunt durcheinander gehen die Vermuthungen über die Persönlichkeit, welche der Kaiser ausersehen hat, nächst ihm die erste Stelle in unserem Staatsleben einzunehmen. Am eifrigsten wird General von Caprivi genannt, der frühere Marineminister und jetzige Commandeur des 10. Armeekorps. Mit welchem Recht, bleibt dahingestellt. Vielleicht ist das Gerücht nur daher entstanden, daß sämmtliche kommandirenden Generale vom Kaiser zu einer Besprechung nach Berlin beordert wurden und General von Caprivi zufällig als erster daselbst eintraf. Mehr Glauben möchten unter der Fluth von Gerüchten fast die Angaben verdienen, wonach Staatsminister v. Bötticher zunächst mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers betraut, sodann, vielleicht aber auch sofort, zum Reichskanzler ernannt werden würde. Die Vermuthungen, die man an die jüngst erfolgte Verleihung des schwarzen Adlerordens an Herrn von Bötticher knüpfte, könnten eine solche Lösung der Kanzlerfrage als naheliegend erscheinen lassen. Daß auch die Herren von Bennigsen und Miquel als Nachfolger des Fürsten Bismarck genannt worden, hat seine Begründung in den vielfachen Gunstbezeugungen, deren sich diese Herren seitens Kaiser Wilhelm zu erfreuen gehabt. Doch treten ihre Namen offenbar hinter denen der beiden zuerst genannten Persönlichkeiten zurück.

Es ist wahr: Die Stellung des Fürsten Bismarck ist eine unvergleichliche gewesen. Niemals hat in einem Verfassungsstaate ein einzelner Mann eine ähnliche Machtfülle in sich vereinigt, wie er. Man hat von ihm gesagt, die Verfassung des durch ihn geschaffenen Deutschen Reiches sei ihm auf den Leib zugeschnitten, und die Befürchtung liegt nun nahe, daß der Rock, der der geistigen Hünengestalt des großen Staatsmannes angepaßt war, kaum wieder von der Gestalt eines Anderen ausgefüllt werden möchte. Schon während Bismarck noch in der Fülle seiner Kraft stand, hatte man deshalb — und zwar auf Seite der Freisinnigen — daran gedacht, diesen Rock zu zertrennen und ein paar Fräcklein für verantwortliche Reichsminister daraus zu schneiden. Der Gedanke war auf wohlberechtigten Widerstand gestoßen, denn seine Verwirklichung hieße nichts Anderes, als auf Kosten der Einzelstaaten einen Einheitsstaat anbahnen; zum Mindesten bedingte er eine Verfassungsänderung, der die Bundesfürsten ihre Genehmigung sicher versagen würden. Selbst von nationalliberaler Seite, bei der man doch gewiß nicht particularistische Hintergedanken vermuthen wird, wurde der Gedanke zurückgewiesen. Freilich nicht aus Abneigung gegen die Idee des Einheitsstaates, sondern weil die Ueberzeugung Platz gegriffen, daß die Schuld an den in den letzten Jahren vielfach empfundenen Uebelständen nicht an den bezüglichen Verfassungs- und gesetzlichen Einrichtungen des Reiches liege, sondern in der Personenfrage, „in dem Mangel an Zusammenhang und Entschluß, welcher seit längerer Zeit in Preußen und im Reiche als schweres Uebel empfunden würde“. So hatte sich die „Nat. Ztg.“ mit einem Seitenblick auf das passive Verhalten des Fürsten Bismarck vor wenigen Tagen, ehe noch von einer ernsten Krise die Rede war, ausgedrückt, und dies mit dem Hinweis, daß dieselben Uebelstände ja auch im preußischen Staatswesen offenkundig seien, obwohl dieses ein verantwortliches, kollegialisches Ministerium besitze. Das nationalliberale Blatt lenkte im Verfolg seiner weiteren Betrachtungen die Aufmerksamkeit auf das bereits im Jahre 1878 erlassene Stellvertretungsgesetz. Dieses Gesetz hat zwar nichts daran geändert, daß der Reichskanzler, wie die Verfassung es will, die Regierungsthätigkeit und die Verantwortlichkeit dafür in sich zu vereinigen vermag, so weit das konstituirte Wesen eines Bundesstaats von Monarchieen dies erfordert; es würde aber gleichzeitig das Zusammenwirken von Staatsmännern, nicht blos die Ausführung eines einzigen Willens durch Techniker, in der Reichsregierung ermöglichen. Dieses Gesetz ist so in der That ein charakteristisches Erzeugniß des praktischen Genies des Fürsten Bismarck; nur hat es bisher nicht diejenige Anwendung gefunden, deren es fähig ist. Nach dem Stellvertretungsgesetze kann — und äußerlich ist es bekanntlich auch seit langer Zeit geschehen — einem Generalstellvertreter des Reichskanzlers die politische Verantwortlichkeit des Letzteren für den gesammten Umfang seiner Geschäfte und Obliegenheiten übertragen werden; ferner kann diese Verantwortlichkeit für diejenigen Amtszweige, welche sich in der eigenen und unmittelbaren Verwaltung des Reiches befinden, den Ressortchefs übertragen werden; es ist dies somit zulässig für die Vorstände des Reichsamts des Innern, des auswärtigen Amtes, der Admiralität, der Reichseisenbahn-Verwaltung, des Reichsschatz-, Justiz- und Postamtes. Von einem verantwortlichen Reichsministerium im herkömmlichen Sinne des Wortes unterscheidet diese Einrichtung — da Niemand die Mitglieder an kollegialischer Berathung hindern kann, wenn sie solche abhalten wollen — sich hauptsächlich dadurch, daß die Stellvertretung ausdrücklich jedem einzelnen Ressortchef übertragen sein muß, was nur auf den Antrag des Reichskanzlers geschieht, und daß dieser „jede Amtshandlung auch während der Dauer einer Stellvertretung selbst vorzunehmen“ befugt ist. Auf Grund dieses Gesetzes ist also das Zusammenwirken selbstständiger Politiker recht gut möglich, wenn auch der kräftige Wille des Fürsten Bismarck eine solche Handhabung desselben nie hat eintreten lassen. Jedenfalls besitzen wir in diesem Gesetze eine Institution, vermittelst deren auch Männer, die an die staatsmännische Bedeutung Bismarcks nicht heranreichen, das Staatssteuer werden in die Hand nehmen können. Fürst Bismarck hat selbst einmal gesagt: „Man muß das deutsche Volk nur in den Sattel heben — reiten wird es schon können!“ Das „in den Sattel heben“ hat er besorgt. Nun wohl! So mag es reiten!

Es ist nicht zu viel gesagt: Die gesammte politische Welt steht unter dem Eindruck der weltgeschichtlichen Thatsache, daß Fürst Bismarck von seinem Posten am Steuer des deutschen Reichsschiffes zurückgetreten ist. Alle anderen politischen Begebenheiten weichen weit zurück hinter diesem großen Ereigniß des 18. März, der nun in doppelter Hinsicht ein historischer Tag geworden, als Hauptag der Berliner Märzrevolution und als der Tag, an dem die deutsche Nation den Mann aus seiner leitenden Stellung scheiden sah, der mehr für sie gethan als je ein anderer Sterblicher. So mächtig ruhte die Hand Bismarcks auf der Entwickelung der europäischen Politik und nicht minder auf der inneren Entwickelung unseres Volkes, daß wir uns erst allmählich an den Gedanken gewöhnen müssen, es wird nun anders sein. Noch ist, während diese Zeilen geschrieben werden, die Genehmigung des, wie man hört, lakonisch mit dem durch die Jahre bedingten körperlichen Befinden begründeten Entlassungsgesuches seitens des Kaisers nicht erfolgt. Doch diese Verzögerung ändert nichts an der Gewißheit, daß die Annahme des Gesuches beschlossene Sache ist. Sie erklärt sich dadurch, daß die Besetzung des Kanzlerpostens und was damit zusammenhängt, Schwierigkeiten zu machen scheint. Denn das Reich kann nicht ohne Kanzler sein, und eine Stellvertretung ist nicht möglich, so lange der Kanzlerposten selbst nicht besetzt ist. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, den Fürsten zu bestimmen, von seinem Entschlusse abzustehen. So versichert man, daß das preußische Staatsministerium, welches am Montag ohne den Fürsten Bismarck und seinen Sohn, den Grafen Herbert, nach dem offiziellen bis 5 Uhr währenden Ministerrath noch bis 10 Uhr Abends berieth, dahin zu wirken gesucht hat, sowohl beim Kaiser als beim Kanzler, daß der Fürst Bismarck wenigstens die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten beibehalten solle. Diese Bemühungen sind jedoch gescheitert. Auch der Großherzog von Weimar, der am Montag Abend lange beim Reichskanzler verweilte, konnte dessen festen Entschluß nicht wankend machen. Ebenso erzählt man, daß sich der Herzog von Koburg vergebens bemüht habe, durch seine Vermittelung die Krise zu beschwören. Die Erwägungen, die den Fürsten bestimmen, gänzlich auf eine weitere politische Thätigkeit zu verzichten, sind eben so tief in seinem innersten Wesen begründet, daß an ein „Zurück“ nicht mehr zu denken ist. In politischen Kreisen ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß in Consequenz des Rücktrittes des Fürsten Bismarck auch das gesammte preußische Staatsministerium und die Chefs der Reichsämter dem Kaiser ihre Aemter zur Verfügung stellen würden, um dadurch die Neubildung der preußischen und der Reichsregierung zu erleichtern. Bisher ist jedoch nichts davon geschehen. Nur von einem gleichzeitig mit dem Entlassungsgesuch seines Vaters eingereichten, entsprechenden Gesuch des Staatssekretärs des Aeußeren, Grafen Herbert Bismarck, ist die Rede. Man nimmt jedoch an, daß derselbe in seiner Stellung als Leiter des auswärtigen Amtes bleiben wird. Warum auch sollte er gehen? Man hat ihn mit Recht als den gelehrigen Schüler seines Vaters bezeichnet, als den Träger und Erben seiner Ideen, — aber doch wohl nur auf dem Gebiete der äußeren Politik. In wirthschaftlichen Fragen hat Graf Herbert noch nie seine Hand gehabt. Fürst Bismarck aber geht nicht deshalb, weil er sich in politischen Fragen nicht in Uebereinstimmung mit dem Kaiser befände, sondern ausschließlich, weil er nicht die Verantwortung für die Durchführung eines Wechsels im Innern übernehmen will, für den er mit Ueberzeugung nicht mehr eintreten zu können glaubt. Wenn deshalb die auswärtige Politik des Reiches auch nach dem Rücktritt des Kanzlers durch den Sohn ganz im Sinne des großen Staatsmannes weitergeführt wird, so kann dieses Bewußtsein nur dazu beitragen, uns mit dem Gedanken an das Scheiden des großen Mannes leichter zu versöhnen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 19. März.

Berlin. Der „Reichsanzeiger“ bringt auch heute noch keine Mittheilung über den Rücktritt des Fürsten Bismarck. — Als zukünftiger Reichskanzler wird jetzt mit aller Bestimmtheit General v. Caprivi genannt. Derselbe wurde heute vom Kaiser empfangen. — Minister v. Bötticher soll vorläufig mit der verantwortlichen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers beauftragt sein. — Der Kaiser hatte gestern und heute längere Unterredungen mit demselben. — Außer dem Herzog von Coburg sollen auch der König von Sachsen und die Großherzöge von Baden und Weimar einen Ausgleich angestrebt haben und zwar nach der Richtung hin, daß Fürst Bismarck die Leitung der auswärtigen Politik behalte. — Ueber den Anlaß, welcher zur Demission führte, wird mitgetheilt, daß in der letzten Unterredung zwischen Kaiser und Kanzler die Behandlung der Geschäfte im preußischen Staatsministerium in Frage gekommen sei. Der Kaiser habe eine Aenderung in dem Sinne gewünscht, daß der Posten eines Ministerpräsidenten in Wegfall komme und statt dessen er persönlich den Vorsitz bei den Berathungen übernehme. Fürst Bismarck habe dem nicht zugestimmt und konstitutionelle Bedenken angeführt, über deren Beseitigung im Augenblick keine Verständigung zu erzielen war. Der Kanzler sollte über den Vorschlag des Kaisers, der ihm unannehmbar schien, bis Montag einen Bericht einreichen, was jedoch nicht geschah, worauf der Kaiser noch am nämlichen Abend durch einen Adjutanten nach dem Berichte habe nachfragen lassen. Die Antwort des Reichskanzlers sei dahin gegangen, daß er unmöglich auf das ihm gestellte Ansinnen eingehen könne, zumal nicht am Ende seiner Ministerzeit. Er müsse deshalb um seine Entlassung bitten. Diese Darstellung enthält, wie die „Nat. Ztg.“ hervorhebt, handgreifliche Unrichtigkeiten. Der Kaiser stattete am Montag Nachmittag dem Fürsten einen Besuch ab, hatte also nicht nöthig, am Montag Abend, als Alles entschieden war, einen Adjutanten mit der Frage nach dem Bericht zu senden. — Fürst Bismarck trifft alle Vorbereitungen, um bald Berlin zu verlassen und nach Friedrichsruh überzusiedeln, woselbst er auch am 1. April seinen Geburtstag zu verleben beabsichtigt. — Das Abschiedsgesuch des Grafen Herbert Bismarck soll gleichfalls genehmigt worden sein. Als Nachfolger werden genannt Unterstaatssekretär Graf Berchem, der Botschafter v. Radowitz in Konstantinopel und der Botschafter Graf Hatzfeldt in London. Graf Bismarck würde als Botschafter nach Konstantinopel gehen. — Von einem Rücktritt des Gesammtministeriums, das heute unter Vorsitz des Ministers v. Bötticher Sitzung hatte, ist keine Rede.

Berlin. Sämmtliche Delegirte der Berliner Arbeiterschutzkonferenz sind heute zur Soirée geladen. — Die Kaiserin empfing heute den sächs. Geh. Regierungsrath v. Criegern zur Entgegennahme des von demselben im Auftrage des Centralkomitees des deutschen Vereins zum rothen Kreuz verfaßten Lehrbuches der freiwilligen Krankenpflege. — Bei dem sächsischen Gesandten Graf Hohenthal fand gestern Abend große Gesellschaft statt. Das diplomatische Corps, sowie die Damen und Herren aus der Umgebung der kaiserl. Majestäten, Minister, Generale, Mitglieder des Bundesrathes und andere hochgestellte Persönlichkeiten waren zahlreich erschienen. Es wurden zwei deutsche Lustspiele und ein französischer Schwank aufgeführt. — Emin Pascha ist nach Bagamoyo zurückgekehrt und wird demnächst nach Deutschland kommen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathungen des Kultusetats fort. Abg. Lübrecht (nat.-lib.) mahnte unbemittelte Eltern ab, ihre Kinder dem geistlichen Berufe zuzuführen, da derselbe überfüllt sei. Windthorst protestirte gegen eine Vermischung der staatlichen Dotationspflicht mit der Verwendung der Sperrgelder. Angenommen wurde eine Resolution auf Verbesserung schlecht dotirter Seelsorgerstellen. Der Antrag war ursprünglich nur zu Gunsten katholischer Seelsorgerstellen gestellt, wurde aber auf Antrag der Konservativen auch auf die evangelischen Geistlichen ausgedehnt.

Köln. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin vom heutigen Tage: Der Kaiser hat den Rücktritt des Fürsten Bismarck von sämmtlichen Reichs- und Staatsämtern genehmigt. General v. Caprivi hat sicherem Vernehmen nach die Berufung als Nachfolger des Reichskanzlers angenommen.

Liverpool. Der Ausstand der Dockarbeiter ist im Wesentlichen beendet.

Die **Berliner Börse** stand heute unter dem Drucke der Demission des Fürsten Bismarck. Die Course setzten durchweg niedriger ein und die Haltung war durchweg matt. Banken waren durchgängig niedriger, auch Darmstädter trotz des günstigen Jahresabschlusses matt. Deutsche Bahnen verloren ihren gestrigen Gewinn vollständig. Oesterreichische Bahnen matt, besonders Durer. Von Bergwerken eröffneten Kohlenwerthe prozentweise niedriger, auch Eisenwerthe waren durchschnittlich ½ Prozent schwächer. Fremde Renten schwach. Nach vorübergehender Erholung traten später weitere empfindliche Rückgänge ein. Im Kassaverkehr war die Tendenz durchgängig matt, von Banken verloren Dresdner 2 Prozent. Privatdiskont 3⅛ Prozent. Nachbörse matt. — Wetter: Theils heiter, theils bewölkt, ziemlich starker Ostwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 258,75. Staatsb. 186,50. Lomb. 112,25. Galizier —,—. Egypter 97,40. Ung. Gold. [illegible]. Disconto 221,30. Dresdn. Bk. 148,00. Laura 147,90. Gelsenkirchen —. Handelsg. —,—. Deutsche Bk. —,—. Ruhig.

Wien. (Abends.) Credit 306,50. Staatsbahn 218,00. Lombarden 121,50. Nordwest 204,75. Marknoten 58,75. Ung. Credit 344,00. Schwankend.

Paris. (Schluß.) Rente 87,75. Anleihe 106,77. Italiener 91,72. Staatsbahn 465,00. Lombarden 276,25. do. Prioritäten —. Spanier 73¼. Egypter 474,68. Ottomanen 531,00. Suezactien 611,00. Matt.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per März 24,60, per Mai-August 24,40, behauptet. Spiritus per März 36,25, per Septbr.-Decbr. 38,25, ruhig. Rüböl per März 70,00, per September-December 77,00, ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß.) Weizen per März —, per Mai 200. Roggen per März 144, per Mai 142.

London (Produkten-Bericht). Getreide gedrückt, nominell unverändert, Hafer circa ½ Sch. billiger, russischer schwächer. — Wetter: Nachtregen.

Oertliches und Sächsisches.

— Heute Abend 7 Uhr 22 Min. mit dem fahrplanmäßigen Zuge über Leipzig tritt Se. Majestät der **König** die beabsichtigte Reise nach Nervi an. Generaladjutant, General von Carlowitz und der Königl. Leibarzt, Oberstabsarzt Dr. Jacobi, werden den König begleiten.

— Der Professor der Medizin Dr. L. **Thomas** in Freiburg i. Br., ein geborener Leipziger, erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse des königl. sächs. Albrechtsordens.

— Stadtrath Julius **Schilling** in Rochlitz erhielt das Ritterkreuz 2. Kl. des Albrechtsordens.

— Zum Königl. Bayrischen Konsul in **Leipzig** wurde der Kaufmann Alfred **Thieme** sen. daselbst ernannt und in dieser Eigenschaft auch von Sr. Majestät dem König von Sachsen anerkannt.

— **Landtag.** Die **Zweite Kammer** setzte gestern in Gegenwart Sr. Exc. des Herrn Staatsministers v. Thümmel die Schlußberathung über die **Eisenbahnpetitionen** fort. Abg. Schreck dankt der Deputation für die wohlwollende Berücksichtigung der Petitionen um Ausführung einer Eisenbahn durch das Polenzthal, welche von der Kammer einstimmig der Regierung zur Erwägung überwiesen werden. Abg. Uhlmann-Stollberg verwendet sich wärmstens für das Würschnitzthalbahnprojekt und beantragt, die auf Errichtung einer Eisenbahn Altchemnitz-Jahnsdorf bez. Stollberg gerichteten Petitionen der Regierung zur Erwägung zu übergeben. Die Kammer erhob diesen Antrag mit 35 gegen 33 Stimmen zum Beschluß. Abg. Dr. Bretschneider tritt ungeachtet des ablehnenden Deputationsvotums für den Bau der Linie Lunzenau-Cossen ein mit dem dringenden Wunsche, daß dieses Projekt in der nächsten Zukunft Berücksichtigung finden möchte. Dem Deputationsantrage entsprechend läßt die Kammer die darauf bezügliche Petition auf sich beruhen. Die Petition um Erbauung einer normalspurigen Sekundärbahn Markneukirchen-Erlbach wird nach empfehlenden Worten des Abg. Grahl der Regierung zur Erwägung überwiesen, dagegen beschließt die Kammer, die Petitionen um Errichtung einer Haltestelle der Linie Stollberg-Lugau-Chemnitz am Orte Mitteldbach und um Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Meuselwitz nach Kieritzsch auf sich beruhen zu lassen. Abg. Starke dankt der Deputation für das Wohlwollen, mit dem sie die Petition des Stadtraths Mittweida um Erweiterung des Bahnhofes daselbst der Regierung zur Kenntnißnahme empfohlen hat, welchem Antrage die Kammer einstimmig beitritt. Abg. Georgi spricht sich zu Gunsten des Baues einer Linie Mylau-Reichenbach-Lengenfeld-Greiz aus, ebenso die Abgg. v. Polenz, Opitz und Speck, worauf die Kammer beschließt, die darauf bezüglichen Petitionen, insoweit sie sich auf die Herstellung eines Anschlusses von Mylau und Reichenbach an die Staatsbahn sich er-

Hotel „Bairischer Hof“. der Frauenkirche 5, früher Wilsdruffer...